

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.089.462

9. März 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 1. Februar 2023 unter der **Nr. 14023/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Taxifreifahrten für Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2022 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wurde von Ihrem Ressort für das Jahr 2022 ein Vertrag mit einem Wiener Taxiunternehmen zur Beförderung Ihrer Mitarbeiter abgeschlossen?*
 - a. *Wenn ja, wann wurde dieser Vertrag abgeschlossen?*
 - b. *Wenn ja, für welchen Zeitraum wurde dieser Vertrag abgeschlossen?*
 - c. *Wenn ja, mit welchem Unternehmen wurde dieser Vertrag abgeschlossen?*
 - d. *Wenn ja, wie lauten die exakten Vereinbarungen für diesen Vertrag?*

Ich darf auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage 14011/J vom 1. Februar 2023 des Herrn Bundesministers für Finanzen verweisen.

Zu den Fragen 2 bis 5 und 11:

- *Wie viele Taxikarten, Taxigutscheine, Businesskarten und Ähnliches wurden Ihrem Ressort zur Verfügung gestellt?*
- *Welchen Mitarbeitern Ihres Ressorts wurden die Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches zur Verfügung gestellt?*
- *Wer waren die Benützer Ihres Ressorts dieser Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches für das Jahr 2022?*
- *Unter welchen Voraussetzungen durften Ihre Mitarbeiter die Taxigutscheine, Businesskarten und Ähnliches benützen?*
- *Sehen Sie hier in Zukunft Einsparungspotential?*

Im Jahr 2022 wurden an 50 Personen Dauerkarten sowie insgesamt 99 Einmalkarten ausgegeben. Die Erhebung der Einzelfahrten würde einen zu großen Verwaltungsaufwand verursachen, da die Karten zu einem großen Teil nicht Personen, sondern Organisationseinheiten zugewiesen sind.

Schon bisher durften Taxis nur dann in Anspruch genommen werden, soweit dies dienstlich unbedingt erforderlich war und keine andere adäquate Möglichkeit zur Verfügung stand. Dies gilt auch zukünftig. Der Aufwand wird regelmäßig überprüft und die jeweils sinnvoll erscheinenden Maßnahmen werden getroffen, um diesen nachhaltig zu reduzieren.

Zu den Fragen 6 bis 8:

- *Wurde die Verwendung der Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches überprüft?*
 - a. *Wenn ja, wie wird die Verwendung der Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches überprüft?*
 - b. *Wenn ja, welche Dienststelle Ihres Ressorts kontrolliert allfällige Taxiabrechnungen auf deren dienstliche Ursache?*
- *Gab es im Jahr 2022 Fälle, wo Taxikarten, Taxigutscheine, Businesskarten und Ähnliches für dienstfremde und private Zwecke genützt wurde?*
 - a. *Wenn ja, welche Konsequenzen wurden für dieses Verhalten der betroffenen Mitarbeiter gezogen?*
- *Können Sie ausschließen, dass diese Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches von Ihren Mitarbeitern abgerechneten Taxifahrten für private Zwecke missbraucht wurden?*

Die Kontrolle erfolgt durch die:den jeweiligen Vorgesetzte:n. Allfällige Konsequenzen sind disziplinar, dienst-, arbeits- bzw. zivilrechtlicher Art. Die private Nutzung von Taxikarten würde eine Verletzung der Dienstpflicht darstellen.

Die Kosten in der Höhe von € 101,40 für Fahrten, die durch eine irrtümliche Verwendung der Karte angefallen sind, wurden von dem:der betroffenen Bediensteten in der Amtskasse eingezahlt.

Zu den Fragen 9 und 10:

- *Welche Kosten sind in Ihrem Ressort insgesamt für Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches im Jahr 2022 entstanden? (Bitte um genaue Auflistung der Kosten)*
- *Welche Kosten sind in Ihrem Ressort insgesamt für Taxigutscheine, Taxikarten, Businesskarten und Ähnliches bezogen auf die einzelnen Nutzer*
 - a) *nach Bediensteten des Ressorts entstanden*
 - b) *nach den jeweiligen Bediensteten des Ministerbüros entstanden?*
 - c) *nach den jeweiligen Bediensteten eines allfälligen Staatssekretariates entstanden?*

Die Taxikosten (inkl. Taxikosten im Rahmen von Dienstreisen) für den Zeitraum 1.1.2022 bis 31.12.2022 betrugen € 12.090,18. Davon sind Kosten von € 4.281,00 für Mitarbeiter:innen des Kabinetts der FBM enthalten.

Die Erhebung und Auflistung einzelner Fahrten würde einen zu großen Verwaltungsaufwand verursachen, ich darf daher auf die oben genannte Gesamtsumme verweisen.

Leonore Gewessler, BA